



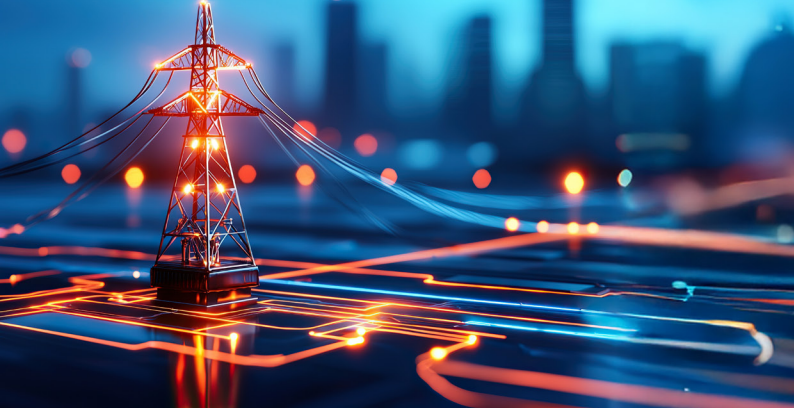
Kommunalpolitische Positionen

für die Region Offenbach 2025

ENTWURF
Stand: 17.10.2025



Offenbach am Main
Stadt und Kreis



Kommunalpolitische Position Energie & digitale Infrastruktur

für die Region Offenbach 2025

Energienetze und digitale Infrastruktur ausbauen

Wie es ist

Digitale Infrastruktur

Hessen und auch die Region Offenbach mit ihren 14 Städten und Gemeinden haben bei Glasfaser- und Mobilfunkausbau spürbare Fortschritte gemacht – aber gerade an Gewerbestandorten und entlang von Verkehrsachsen bleiben Lücken. Blickt man in die einzelnen Kommunen im Kreis, werden deutliche Unterschiede beim Fortschritt in Sachen Glasfaserausbau sichtbar. In einzelnen Kommunen ist dieser sehr weit fortgeschritten. Andere Kommunen hinken deutlich hinterher. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen von IHK-Befragungen wider. Unternehmen klagen über schleppende Ausbaumaßnahmen und leiden an nicht ausreichenden Bandbreiten für ihren Gewerbebetrieb. Hessenweit melden 23 Prozent der Unternehmen, dass die verfügbare Bandbreite vor Ort nicht ausreicht.

Im gesamten IHK-Bezirk bestehen zudem weiterhin Netzzonen mit unzureichender Mobilfunk-Flächenabdeckung. Parallel steht die Rechenzentrumsregion FrankfurtRheinMain – und damit auch Stadt und Kreis Offenbach – mit Entwicklungen in mehreren Kommunen gleichzeitig unter Druck: Engpässe bei Flächen und Energie, neue Restriktionen sowie langwierige Genehmigungen erschweren Investitionen, während der Bedarf an Datenverarbeitung (u. a. durch KI) rasch zunimmt.

Energie

Laut der im September 2025 vorgestellten DIHK-Studie „Plan B“ wird sich der Stromverbrauch in den kommenden 20 Jahren in Deutschland vervierfachen. Hohe und schwer kalkulierbare Energiekosten für alle Verbraucher, steigende Netzentgelte sowie steigende bürokratische Pflichten belasten die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen hierzulande und in Stadt und Kreis Offenbach bereits heute. Laut IHK-Energiewende-Barometer 2024 erwägen bereits vier von zehn Industriebetrieben Einschränkungen oder eine Verlagerung ihrer Produktion an Standorte mit geringeren Energiekosten.

Klar ist: Die Energie- und Wärmewende kann nur gelingen, wenn marktwirtschaftliche Mechanismen die zentralen Impulse setzen und das Netz intelligent ausgebaut wird. Der Staat muss dabei seiner koordinierenden Rolle stärker gerecht werden. Netzanschlüsse und -ausbau stellen häufig Engpässe dar, während Kommunen immer öfter PV-, Lade- und Wärmepumpenvorgaben machen, ohne dass die reale Netzkapazität ausreichend berücksichtigt wird. Unternehmen brauchen Verlässlichkeit, wettbewerbsfähige Energiepreise – und schnelle, digitale Verfahren, vom Netzauskunfts- bis zum Anschlussprozess.

Konkret!

Bereits 2018 wurde in der Gemeinde Mainhausen mit dem flächendeckenden Glasfaserausbau durch die Deutsche Glasfaser begonnen. Aufgrund der hohen Nachfrage ließ sich das FTTH-Glasfasernetz ohne Baukostenbeteiligung für Kunden und Gemeinde ausbauen. Nach Abschluss der Verlegearbeiten war Mainhausen mit seinen unter 10.000 Einwohnern die erste Gemeinde in Hessen, die den Ausbau erfolgreich vollzogen hat. Seither ist Mainhausen lokaler Spitzenreiter in der Bewertung der Internetversorgung durch Unternehmen im Rahmen der IHK-Standortumfrage. Das Beispiel zeigt, dass die konsequente und zeitnahe Umsetzung von Ausbauprojekten bei Unternehmen gut ankommt.

Bildnachweis: chomphet – stock.adobe.com

ENTWURF

Was zu tun ist

Digitale Infrastruktur

- Digitale Infrastruktur konsequent ausbauen, um Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Region zu sichern.
- Genehmigungsverfahren für Glasfaser- und Mobilfunknetze vereinfachen und digitalisieren, Prozesse schlank und transparent gestalten.
- Förderprogramme gezielt nutzen und privatwirtschaftliche Initiativen unterstützen, um Versorgungslücken zu schließen.

Mobilfunkversorgung

- Flächendeckende Versorgung sicherstellen – besonders entlang von Verkehrswegen und in Gewerbegebieten.
- Innovative Lösungen wie nationales Roaming prüfen, bürokratische Hürden abbauen und Kooperation mit Mobilfunkanbietern intensivieren.

Rechenzentren und digitale Innovation

- Strategien für Ansiedlung von Rechenzentren entwickeln – Flächenbedarf, Stromversorgung und Abwärmenutzung berücksichtigen.
- Region gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft als Standort für digitale Innovationen und Zukunftstechnologien stärken.

Digitale Verwaltung

- Verwaltung digitalisieren: Medienbruchfreie Prozesse, digitale Genehmigungsplattformen und einheitliche Online-Lösungen einführen.
- Bürokratischen Aufwand reduzieren und Umsetzung von Infrastrukturprojekten beschleunigen.
- Koordiniertes und zukunftsorientiertes Handeln, um Chancen der Digitalisierung voll auszuschöpfen.

Technologieoffene Energiewende

- Energiewende praxisnah, wirtschaftsfreundlich und innovationsorientiert gestalten.
- Technologieoffenen Ansatz verfolgen: Erneuerbare Energien, Wasserstoff, Speicher- und Effizienzlösungen gleichberechtigt einbeziehen.
- Marktwirtschaftliche Anreize schaffen statt starrer Ausbauziele oder detaillierter Vorgaben.

Netzinfrasturktur

- Kommunen als Ermöglicher und Beschleuniger positionieren: Bürokratie abbauen, Genehmigungs- und Planungsverfahren vereinfachen und beschleunigen.
- Regionale Netzinfrasturktur sektorenübergreifend und zukunftsfähig planen: Strom-, Gas- und Wasserstoffnetze flexibel ausbauen und bestehende Strukturen weiter nutzen.
- Kommunen aktiv in regionale und überregionale Netzplanung einbinden, Synergien nutzen und Parallelstrukturen vermeiden.

Versorgungssicherheit und Innovation

- Lokale Versorgungssicherheit und Resilienz stärken: Monitoring, Sicherungsmaßnahmen und smarte Lösungen zur Laststeuerung entwickeln.
- Pilotprojekte in Gewerbegebieten initiieren, um innovative Versorgungskonzepte umzusetzen.

Wettbewerbsfähigkeit

- Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in den Mittelpunkt stellen: Energiekosten für Unternehmen und Bürger im internationalen Vergleich stabil halten.
- Flexible, innovationsfreundliche und marktorientierte Energiepolitik verfolgen: mit klarem Fokus auf Standortattraktivität, weniger Bürokratie und schnellerer Umsetzung.

Konkret!

Mit dem NOVA-Prinzip zeigen die Energieversorgung Offenbach AG und die Energienetze Offenbach GmbH, dass Netzausbau und Versorgungssicherheit zusammen gedacht werden müssen. Dabei steht NOVA für "Netzoptimierung vor Netzausbau" und beinhaltet, neben dem zweifellos notwendigen Netzausbau, auch die Ertüchtigung der vorhandenen Ressourcen und die Netzverstärkung durch neuere, leistungsfähigere Betriebsmittel.

Ansprechpersonen

Peter Sülzen ☎ 069 8207-244
Robin Hillesheim ☎ 069 8207-351

@suelzen@offenbach.ihk.de
@hillesheim@offenbach.ihk.de

ENTWURF



Kommunalpolitische Position Fachkräfte

für die Region Offenbach 2025

Fachkräftesicherung gemeinsam gestalten

Wie es ist

Der Fachkräftemangel ist nicht nur eine Folge demografischer Entwicklungen, sondern auch mangelnder Orientierung. In den vergangenen Jahren haben viele Jugendliche ohne klare Perspektive ein Studium begonnen, weil Ausbildung und Studium an Schulen nicht gleichberechtigt vermittelt wurden. Für eine zukunftsorientierte Berufsorientierung braucht es mehr qualifizierte Lehrkräfte, kontinuierliche Weiterbildung sowie klare Vorgaben im Curriculum und praxisnahe Unterrichtshilfen. Während einzelne Schulen in Hessen bereits Vorbilder sind, fehlen vielerorts die notwendigen Rahmenbedingungen.

Hinzu kommt, dass Schüler und Schülerinnen, Auszubildende, Schulen und Betriebe unter der stockenden Digitalisierung leiden. Um Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, müssen Lerninhalte und die digitale Ausstattung dringend verbessert werden – insbesondere an beruflichen Schulen. Denn nur so kann die Berufsschule als dualer Partner der Betriebe mit deren dynamischer Entwicklung Schritt halten. Moderne Lernumgebungen, zeitgemäße Schulgebäude und altersgerechte digitale Ausstattung tragen dazu bei, dass junge Menschen mit Freude lernen und bestmöglich auf ihre berufliche Zukunft vorbereitet werden.

Auch bei der Gewinnung internationaler Fachkräfte bestehen Hürden: Die Verfahren für Einreise und Aufenthaltstitel sind oft langwierig und intransparent. Dies erschwert die kurzfristige Planung von Unternehmen – gerade in Branchen wie IT, Ingenieurwesen, Handwerk oder Gesundheitswesen. Gleichzeitig fehlt es in Stadt und Kreis Offenbach trotz wirtschaftlicher Dynamik und Internationalität vielerorts an einer erkennbaren Willkommenskultur. Neu zugewanderte Arbeitskräfte und ihre Familien stoßen häufig auf fragmentierte Unterstützungsangebote. In Bereichen wie Sprachförderung, soziale Integration oder Vernetzung mit Arbeitgebern gibt es nach wie vor große Lücken. Damit bleibt wertvolles Potenzial für den Standort ungenutzt.

Ein weiterer entscheidender Faktor ist die Kinderbetreuung. Das Betreuungsangebot in Kitas und Grundschulen wurde zwar ausgebaut, reicht jedoch vielerorts nicht aus. Lange Wartelisten, eingeschränkte Betreuungszeiten und Personalmangel verhindern eine echte Verbesserung. Gerade die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist jedoch zentral – sowohl für die Aktivierung inländischer Fachkräfte als auch für die erfolgreiche Anwerbung ausländischer Fachkräfte.

Konkret!



Berufsorientierung an allen Schulen in der Region Offenbach systematisch stärken: Projekte wie Azubi-Scouts, Mutmacher-Events und die Azubikampagne #könnenlernen flächendeckend etablieren, um Ausbildungswege sichtbar zu machen, junge Menschen für ihre berufliche Zukunft zu motivieren und den direkten Kontakt zu potenziellen Arbeitgebern zu fördern.

Im Kreis Offenbach wurde im Oktober 2024 die „Fast Lane Fachkräfte“ eingeführt, bei der ein spezialisiertes Team von fünf Sachbearbeitern ausschließlich Fachkräftefälle bearbeitet. Die verkürzte Bearbeitungszeit und ergänzende Beratung erleichtern die Integration internationaler Fachkräfte erheblich. Seit Einführung gab es bereits über 3.500 Anfragen und 500 beschleunigte Verfahren – ein deutliches Zeichen für hohen Bedarf und Erfolg.

ENTWURF

Was zu tun ist

Bildung und Berufsorientierung

- Glasfaser und WLAN ausbauen: Flächendeckend schnelles Internet und leistungsfähige Netze schaffen.
- Kommunale Ressourcen für Schulentwicklungsplanung und den Digitalpakt 2.0 vorhalten – mit besonderem Fokus auf berufliche Schulen.
- Kooperationen mit Unternehmen und Institutionen zur Stärkung der Berufsorientierung unterstützen. Ausbildung und Studium gleichermaßen sichtbar machen.
- Vorteile der Ausbildung sichtbar machen: Kampagnen wie #könnenlernen aktiv unterstützen und verbreiten.

Internationale Fachkräfte

- Zentrale Anlaufstellen wie Welcome Center mit mehrsprachigen Informations-, Beratungs- und Vernetzungsangeboten für internationale Fachkräfte und Unternehmen schaffen.
- Sprach- und Integrationsförderung ausbauen, insbesondere kommunale Deutsch-Intensivkurse mit flexiblen Formaten (z. B. abends oder online) finanziell unterstützen.
- Regionale Kommunikation durch mehrsprachige Broschüren und Webseiten stärken.
- Erfolgsmodell „Fast Lane Fachkräfte“ im Kreis Offenbach ausweiten und standardisieren.
- Spezialisiertes Personal sichern: Kommunale Stellen für Fachkräfte-Angelegenheiten dauerhaft besetzen, um kurze Bearbeitungszeiten zu gewährleisten.
- Digitale Abläufe forcieren und Online-Verfahren wie eAT-Anträge oder Terminbuchungen ausbauen, ergänzt durch persönliche Beratung.
- Klare Verfahrenskommunikation: Klare, transparente und mehrsprachige Erläuterungen zu „Fachkraft“-Definition, Verfahren und Ansprechpartnern.
- Zukunftswerkstätten mit Stadt, Kreis, IHK und Handwerk etablieren, um praxisnahe Maßnahmen zur Fachkräfteanerkennung zu entwickeln.
- Kommunale Förderprogramme um Angebote zu Ausbildung, Praktika, Mentoring und Lohnkostenzuschüssen ergänzen – in Zusammenarbeit mit Pro Arbeit AöR, Bildungsträgern und Wirtschaftsförderung.

Kinderbetreuung

- Ganztagsbetreuung in Kitas und Grundschulen flächendeckend und verlässlich ausbauen – auch in Randzeiten und während der Ferien.
- Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel im Erziehungsbereich konsequent mitdenken und anwenden.

Konkret!



Dreieich, Langen und Seligenstadt haben das IHK-Qualitätszeichen „Ausgezeichneter Wohnort für Fachkräfte“ erhalten. Die Kommunen haben ihre Serviceleistungen und Angebote für in- und ausländische Fachkräfte reflektiert und optimiert. Durch neue Entwicklungsziele wird die Willkommenskultur vor Ort kontinuierlich weiterentwickelt.

Ansprechpersonen

Anna Strohmann
Alexander Krebs

☎ 069 8207-156
☎ 069 8207-331

@ strohmanna@offenbach.ihk.de
@ krebsa@offenbach.ihk.de

ENTWURF



Kommunalpolitische Position Finanzen

für die Region Offenbach 2025

Finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken – Unternehmen nicht weiter belasten!

Wie es ist

Die Finanzlage der Kommunen hat sich im vergangenen Jahr dramatisch verschlechtert. Trotz teils „rekordverdächtiger“ Einnahmen schlossen Städte, Landkreise und Gemeinden das Jahr 2024 mit einem bislang beispiellosen bundesweiten Defizit von 24,3 Milliarden Euro ab. Viele Kommunen – auch in der Region Offenbach – können ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen. Zudem schwankt das Aufkommen der Gewerbesteuer an zahlreichen Standorten erheblich.

Hauptursachen der schwierigen Haushaltslage sind vor allem stark steigende Ausgaben im Bereich sozialer Leistungen. Vom Bund an die Kommunen übertragene Aufgaben sind oft nicht ausreichend finanziert. Diese Entwicklung verdeutlicht grundlegende strukturelle Probleme in den föderalen Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Verstärkt wird die Situation durch eine schwache wirtschaftliche Dynamik.

Der Investitionsstau – sowohl bei der Erhaltung bestehender Infrastruktur als auch bei zukunftsorientierten Projekten, wie z. B. der Energie- und Wärmewände – ist enorm. Die für Hessen vorgesehenen 7,4 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen für Infrastruktur, verteilt auf zwölf Jahre, decken nur einen Bruchteil des tatsächlichen Bedarfs. Umso wichtiger ist es, diese knappen Mittel mit größtmöglicher Wirkung einzusetzen und damit wirtschaftliche Impulse zu bewirken.

Angesichts der angespannten Haushaltslage haben zahlreiche Kommunen die Hebesätze von Gewerbe- und Grundsteuer erhöht und damit die Unternehmen am Standort zusätzlich belastet. Im IHK-Standortbarometer zur Kommunalwahl 2026 haben die Unternehmen die „Höhe der kommunalen Steuern“ als das wichtigste kommunale Thema bewertet. Erhöhungen haben dementsprechend einen unmittelbar negativen Einfluss auf die Attraktivität der Region als Wirtschaftsstandort.

In einigen Städten wird zudem konkret über neue lokale Steuern und Abgaben wie Übernachtungssteuer bzw. Tourismusabgabe oder Verpackungssteuer diskutiert. Diese zusätzlichen Belastungen sowie der damit verbundene Verwaltungsaufwand mindern die Standortattraktivität und gefährden langfristig auch die Einnahmesicherheit der Gemeinden. Der zu erwartende Ertrag sogenannter „Bagatelsteuern“ steht häufig in keinem Verhältnis zum hohen Erhebungsaufwand. In einer Studie* wurde die kommunale Verpackungssteuer zudem als weitgehend wirkungslos bewertet.

*Quelle: Stefan Moderau, Universität Tübingen

Konkret!



*Beispiel für nicht eingehaltenes
Konnexitätsprinzip folgt!*

In Neu-Isenburg, Offenbach und Dietzenbach wird über eine Übernachtungs- bzw. Verpackungssteuer diskutiert. Die IHK lehnt zusätzliche Belastungen ab. Sollten dennoch kommunale Steuern eingeführt werden, müssen sie möglichst bürokratiearm gestaltet und unter Einbeziehung der betroffenen Unternehmen entwickelt werden. Eine wirtschaftsverträglichere Alternative ist der Tourismusbeitrag, den Gäste zahlen und Betriebe treuhänderisch einziehen. Er wird separat ausgewiesen und erhöht nicht die Vermittlungsgebühren (z. B. bei Buchungsportalen). Die Einnahmen sind zweckgebunden und sollen in die touristische Infrastruktur reinvestiert werden. Dennoch greift auch der Tourismusbeitrag in die Preisautonomie und den Wettbewerb ein und verursacht zusätzliche Bürokratie.

ENTWURF

Was zu tun ist

Haushalt und Regularien

- Stabile und verlässliche Einnahmebasis für die Kommunen schaffen, ohne die steuerliche Belastung der Unternehmen weiter zu erhöhen.
- Konnexitätsprinzip einhalten und Finanzierung der von Bund und Land an die Kommunen übertragenen Aufgaben dauerhaft sichern.
- Keine weiteren kommunalen Steuern und Abgaben wie z. B. Verpackungs- oder Übernachtungssteuer einführen.
- Keine weiteren Anhebungen der Gewerbesteuer-Hebesätze vornehmen, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden.
- Gewerbesteuer reformieren und durch eine aus Einkommen- und Körperschaftsteuer abgeleitete Kommunalsteuer mit eigener Hebesatzkomponente ersetzen.
- Landes- und bundesrechtliche Vorgaben wie Förderprogramme oder kostentreibende Standards auf ihre Effizienz und Praxistauglichkeit überprüfen.

Effizienz und Verwaltung

- Kommunale Ausgaben regelmäßig auf Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit überprüfen.
- Verwaltungsprozesse durch Digitalisierung, schlankere Abläufe und Bürokratieabbau effizienter gestalten.
- Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen, um Kompetenzen zu bündeln und Kosten zu senken.

Konkret!



Neu-Isenburg und Dreieich kooperieren in zahlreichen Bereichen. Die Zusammenarbeit umfasst unter anderem die Abfallentsorgung, die Friedhofsverwaltung sowie die gemeinsamen Netzdienste der Stadtwerke für Wasser-, Gas-, Strom- und Wärmeversorgung. Darüber hinaus bestehen im Kreis Offenbach weitere erfolgreiche Beispiele interkommunaler Kooperation – etwa in den Bereichen Gefahrgut, Feuerwehr, Abfallwirtschaft, Fördermittel, Kinderbetreuung und Bildung.

Ansprechperson
Frank Achenbach

069 8207-241

@achenbach@offenbach.ihk.de

ENTWURF





Kommunalpolitische Position Fläche & Stadtentwicklung

für die Region Offenbach 2025

Strategische Flächenpolitik und Stadtentwicklung als Standortaufgabe

Wie es ist

Die Sicherung von Flächen für Wohnen und Gewerbe ist eine der größten Herausforderungen für Stadt und Kreis Offenbach. Der anhaltende Zuzug, vor allem in den Kern der Metropolregion FrankfurtRheinMain, verstärkt den Druck auf den ohnehin knappen Boden. Für Unternehmen bedeutet dies, dass geeignete Flächen zur Expansion oder Neuansiedlung fehlen, während Beschäftigte Schwierigkeiten haben, bezahlbaren Wohnraum in erreichbarer Nähe zu finden. Hinzu kommen langwierige Genehmigungsverfahren und ein hohes Maß an Regulierung, das Investitionen zusätzlich erschwert. Kommunale Vorgaben, wie etwa in Stellplatzsatzungen, passen vielfach nicht mehr zu den heutigen Anforderungen und führen zu unnötigem Flächenverbrauch sowie zu Mehrkosten.

Die Zentren in der Region Offenbach befinden sich weiterhin in einem massiven Strukturwandel. Die Situation für den Handel wird zunehmend schwieriger: hohe Mieten, sinkende Passantenfrequenzen, fehlende Aufenthaltsqualität, veraltete Geschäftsmodelle, fehlende Fach- und Arbeitskräfte, Nachfolgeproblematik und die Auswirkungen des Online-Handels machen sich bemerkbar. Dies kann zu weniger attraktiven Innenstädten und Ortskernen führen, mit entsprechenden Konsequenzen für das Image einer Kommune und damit auch auf deren Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort für Fachkräfte.

Konkret!

Beispiele aus der Region zeigen, wie strategisches Vorgehen wirken kann. Der Masterplan Offenbach identifiziert systematisch Wohn- und Gewerbepotenziale und benennt strategische Schlüsselprojekte. Im Masterplanbeirat kommen Akteure aus Politik und Verwaltung, aus der IHK und dem Verein "Offenbach offensiv" sowie aus der Zivilgesellschaft zusammen. Der Masterplan dient als Leitschnur für die Entwicklung der Stadt und zeigt klare Perspektiven auf. So wurde beispielsweise für das ehemalige Clariant-Gelände die Idee des "Innovationscampus" entwickelt. Auf dem Areal sind heute innovative Unternehmen wie Biospring und Samson angesiedelt.

Das gemeinschaftlich von der Stadt und dem IHK-nahen Verein "Offenbach offensiv" entwickelte Zukunftskonzept für die Offenbacher Innenstadt gibt einen Rahmen für die Entwicklung vor und setzt innovative Impulse. Hier wurde für die Neuansiedlung von Handelskonzepten ein eigenes Förderprogramm aufgesetzt. Zudem hat die Stadt einen Raum angemietet, in dem sich junge Unternehmen mietkostenfrei ausprobieren und ihr Geschäftsmodell sowie den Standort Innenstadt testen können. Daraus entwickelten sich erste erfolgreiche Ansiedlungen. Der Dialog mit den Immobilieneigentümern ist ein Schlüssel für die Entwicklung vor Ort. Eine aktive Rolle der Kommune in der Innenstadtentwicklung zahlt sich aus. Die Stadt Offenbach ist Eigentümerin einiger Schlüsselimmobilien und kann so den Nutzungsmix mitbestimmen.

ENTWICKLUNG

Was zu tun ist

Flächenpolitik

- Vorausschauende, flexible und interkommunal abgestimmte Flächenpolitik praktizieren.
- Geeignete Areale frühzeitig sichern, Brachflächen aktivieren, Nachverdichtungspotenziale nutzen.
- Strategische Bodenbevorratung als Instrument einsetzen.
- Diskussion zum Regionalen Flächennutzungsplan nutzen, um Flächenpotenziale für Gewerbe und Wohnen langfristig zu sichern und die Entwicklung von Unternehmen sowie die Schaffung von Wohnraum stärker zu priorisieren.

Wohn- und Gewerbeentwicklung

- Wohn- und Gewerbeentwicklung zusammendenken, gemischte Quartiere und funktionierende Stadtstrukturen entwickeln
- Flächen für Produktion und Logistik sichern und Abgrenzungen bei reinen Gewerbegebieten berücksichtigen.
- Kommunale Satzungen modernisieren oder streichen, um Stellplatzanforderungen zu reduzieren oder entfallen zu lassen.
- Prozesse und Verfahren in der Kommune und bei der Bauaufsicht optimieren, Bauprojekte effizient begleiten und bestmöglich unterstützen.

Innenstädte und Ortszentren

- Innenstädte und Ortszentren als identitätsstiftende Orte erhalten und stärken.
- Politischen Willen beweisen und personelle sowie finanzielle Ressourcen bereitstellen, um Projekte umzusetzen und als verlässlicher Ansprechpartner für Betriebe und Akteure zu wirken.
- Kooperationen mit Innenstadtakteuren ausbauen und innovative Ansätze erproben.
- Nutzungsmix fördern, Aufenthaltsqualität steigern, Anpassung an Hitze berücksichtigen.

Konkret!



Über das Landesförderprogramm "Zukunft Innenstadt" wurde in Heusenstamm ein Konzept für die Frankfurter Straße entwickelt. Auch in Langen wurde über das Programm für mehr Aufenthaltsqualität entlang der Haupteinkaufsstraße gesorgt.

Beim Thema Wohnen haben in den vergangenen Jahren im besonderen Maße die Städte Langen und Offenbach Verantwortung für die Schaffung von Wohnraum übernommen.

Ansprechpersonen

Laura Becker

069 8207-246

@ becker@offenbach.ihk.de

Maximilian Kaps

069 8207-247

@ kaps@offenbach.ihk.de

ENTWURF





Kommunalpolitische Position Mobilität

für die Region Offenbach 2025

Zukunftsfähige Mobilitätsinfrastruktur sichern

Wie es ist

Die wirtschaftliche Entwicklung der Region Offenbach hängt maßgeblich von einer leistungsfähigen und vernetzten Mobilitätsinfrastruktur ab. Schon heute stoßen Straßen und Schienenwege regelmäßig an ihre Kapazitätsgrenzen. Staus auf der A3 oder lange Wartezeiten und häufige Ausfälle im ÖPNV beeinträchtigen nicht nur Pendlerinnen und Pendler, sondern auch Lieferketten, Produktion und Dienstleister. Besonders die Gewerbegebiete im Kreis Offenbach sind oft nur unzureichend an den öffentlichen Nahverkehr angebunden, sodass Beschäftigte ohne Auto ihre Arbeitsstätten kaum erreichen können. Neue Mobilitätsangebote wie On-Demand-Shuttles oder Carsharing-Modelle entstehen zwar, sind jedoch noch längst nicht flächendeckend verfügbar.

Das Fahrradnetz wird mit neuen Radschnellwegen in der Region Offenbach sinnvoll erweitert und bietet attraktive Alternativen für Pendler. Die innerörtliche Umgestaltung von Straßenräumen zugunsten des Radverkehrs kann Konflikte mit dem fließenden und ruhenden Kfz-Verkehr nach sich ziehen.

Außerdem fehlt es an einer abgestimmten Strategie zwischen den Kommunen, um Verkehrsflüsse in der Region effizient zu steuern und Synergien in der Planung zu nutzen. Für die Wirtschaft bedeutet dies eine eingeschränkte Verlässlichkeit und damit einen Wettbewerbsnachteil im Standortvergleich.

Konkret!

Der On-Demand-Dienst „Hopper“ im Kreis bietet flexible Anschlussmöglichkeiten. Die Herausforderung der Finanzierung kann durch eine Einnahmenerhöhung, eine Optimierung des Bedienkonzepts und perspektivisch durch den Einsatz von selbstfahrenden Fahrzeugen angegangen werden.

Die Initiative von Stadt und Kreis Offenbach gemeinsam mit der IHK zur südmainischen Schienen-Tangentialverbindung (Regionaltangente Süd) verdeutlicht, dass interkommunales Handeln Wirkung entfaltet. Gemeinsam müssen die Partner darauf achten, dass durch die angekündigte Machbarkeitsuntersuchung die Interessen der Region bei der Planung des Fernbahntunnels berücksichtigt werden.

Bildnachweis: scusi - stock.adobe.com

ENTWURF

Was zu tun ist

Verkehrsinfrastruktur

- Alle Verkehrsträger stärken und Konflikte zwischen den Verkehrsträgern möglichst ideologiefrei lösen.
- Hauptverkehrsachsen leistungsfähig halten, Zufahrten zu Gewerbestandorten instand setzen und neue Gewerbeflächen von Beginn an durchdacht erschließen.
- ÖPNV durch verlässliche Taktungen, abgestimmte Anschlüsse und flexible Angebote in Tagesrandlagen stärken.
- Multimodale Mobilitätsstationen mit Parkmöglichkeiten, ÖPNV-Anbindung, Sharing-Angeboten und Ladeinfrastruktur ausbauen.
- Radwegenetz zügig ausbauen.

Steuerung und Planung

- Digitalisierung durch intelligente Verkehrssteuerung und App-basierte Informationssysteme für effizientere Verkehrslenkung nutzen.
- Auswirkungen von Straßenraumumgestaltungen mit Blick auf das Gesamtverkehrssystem analysieren und abwägen.
- Lokale Wirtschaft einbeziehen und Lieferverkehr berücksichtigen, z. B. mit Lösungen für Gewerbe- und Kurzzeitparkplätze oder klar ausgewiesenen Lieferzonen.
- Baustellen frühzeitig kommunizieren und individuelle Lösungen für Zuwegung sowie Sichtbarkeit der Betriebe sicherstellen.

Konkret!

Der Bau eines zusätzlichen, permanenten Standstreifens auf der A3 zwischen AK Offenbach und AS Hanau muss wieder in den Fokus der Verkehrspolitik auf allen Ebenen gerückt werden. Dabei geht es auch um Lösungen an der AS Obertshausen und am Tannenmühlkreisel.

Der Ausbau der B486 zwischen Langen und der A5 muss nach vielen Verzögerungen endlich umgesetzt werden.

Der Bau der Regionaltangente West sollte weiter vorangetrieben werden. Die Anbindung Langens sollte im Blick behalten und die notwendigen planerischen Grundlagen geschaffen werden.

Die Dreieichbahn sollte gestärkt werden. Ebenso gilt es, bei der Neuausschreibung 2028 alternative Antriebskonzepte zu prüfen.

Die Verlängerung der Straßenbahn-Linien 16 (nach Offenbach) und 17 (nach Dreieich und Langen) sollte planerisch vorangetrieben werden.

Ansprechperson
Maximilian Kaps

☎ 069 8207-247

@ kaps@offenbach.ihk.de

ENTWURF





Kommunalpolitische Position Verwaltung

für die Region Offenbach 2025

Verwaltung modernisieren, Unternehmen entlasten

Wie es ist

Aufwendige Auflagen und langwierige Genehmigungen bremsen häufig die Initiative der Unternehmen. Besonders kleine und mittlere Betriebe empfinden den bürokratischen Aufwand als Belastung. Auch wenn viele Regelungen nicht auf kommunaler, sondern auf Bundes- oder EU-Ebene entstehen, werden sie doch im direkten Kontakt mit der Verwaltung vor Ort sichtbar.

Gemäß IHK-Standortbarometer zählen für etwa die Hälfte der Unternehmen zügige und digitale Verfahren und Genehmigungen zu den prioritären Themen einer Kommune.

Verwaltungsstrukturen sind für Außenstehende oft schwer durchschaubar. Viele Städte und Gemeinden haben in den letzten Jahren bereits Schritte unternommen, um Verfahren digitaler, transparenter und serviceorientierter zu gestalten. In der Realität kommt es jedoch insbesondere durch personelle Engpässe häufig zu fehlender Ansprechbarkeit und verzögerten Rückmeldungen.

Verwaltung sollte sich grundsätzlich als Partner von Bürgern und Unternehmen verstehen und eine lösungsorientierte Grundhaltung vertreten. Erfolgreiche Praxisbeispiele gilt es stärker zu verbreiten und weiterzuentwickeln, damit das Leitbild einer wirtschaftsfreundlichen Kommune zum Standard wird.

Eine zentrale Rolle spielt die Wirtschaftsförderung als erste Ansprechpartnerin für Unternehmen. In vielen Kommunen der Region Offenbach wurden zuletzt personelle Kapazitäten aufgebaut, doch nicht überall ist eine ausreichende Einbindung in Verwaltungsprozesse gewährleistet. Damit Wirtschaftsförderungen ihre Funktion als zentrale Anlaufstelle (One-Stop-Agency) und Bindeglied zwischen Verwaltung und Wirtschaft erfüllen können, benötigen sie ausreichende Ressourcen und Kompetenzen

Konkret!

Die Stadt Offenbach und der IHK-nahe Verein Offenbach offensiv haben gemeinsam das Zukunftskonzept Innenstadt Offenbach erarbeitet. Zur Begleitung der Umsetzung wurden mehrere Abstimmungsrunden ins Leben gerufen. Gebündelt wird die Arbeit in der Wirtschaftsentwicklungsrunde Innenstadt, an der alle für die Innenstadt relevanten Amtsleiter und Amtsleiterinnen und der gesamte hauptamtliche Magistrat teilnehmen. Hier werden konkrete Herausforderungen und Probleme bei der Umsetzung der Projekte diskutiert und oft auch direkt von den politisch Verantwortlichen entschieden. Besonders ist, dass auch ein Vertreter der IHK Themen einbringen kann und mitdiskutieren darf.

Der Kreis Offenbach hat das Bauantragsverfahren seit 2020 digitalisiert. Das Online-Verfahren bietet zahlreiche Vorteile – insbesondere eine deutlich verkürzte Bearbeitungszeit. Auch die Stadt Offenbach hat sich dem hessensweiten Projekt ekom21 angeschlossen, sodass seit Kurzem Bauanträge digital eingereicht werden können. Zudem ist die digitale Einsicht in Akten zu Liegenschaften in Offenbach möglich.

ENTWURF

Was zu tun ist

Service für Unternehmen

- Unternehmen in allen Phasen begleiten – von Gründung über Kfz-Zulassung und Arbeits-erlaubnis bis hin zu lokaler Vernetzung und Bauanträgen.
- Leistungsfähige Wirtschaftsförderung sicherstellen und Unternehmen aktiv unterstützen.
- Interdisziplinären Austausch in der Verwaltung regelmäßig organisieren, um Unterneh-mensanliegen effektiv zu bearbeiten.

Effiziente Verfahren und Bürokratieabbau

- Verwaltungsprozesse digitalisieren sowie Verfahren vereinfachen und beschleunigen, um Aufwand zu reduzieren und Effizienz zu steigern.
- Fortschritte bei der Bearbeitung von Genehmigungsverfahren transparent und nachvoll-ziehbar machen.
- Once-Only-Prinzip umsetzen, um Mehrfachmeldungen zu vermeiden und Unternehmen spürbar zu entlasten.
- Ausreichende personelle und technische Ressourcen sichern.

Digitale Verwaltung und Vernetzung

- Digitale Verwaltungsangebote überregional entwickeln und einsetzen, Synergien nutzen, Kosten reduzieren und ein einheitliches Nutzererlebnis schaffen.
- Erfolgreiche Praxisbeispiele anderer Kommunen aufgreifen und den intensiven Erfah-rungsaustausch fördern.

Konkret!

Im Kreis Offenbach steht die Initiative Standort Plus für gemeinsames Lernen, Zusammenarbeit und den intensiven Austausch zwischen den Wirtschafts-förderungen des Kreises, der Kreishand-werkschaft und der IHK Offenbach am Main. Auf dieser Basis konnten in den vergangenen Jahren zahlreiche Aktivi-täten angestoßen werden – darunter unter anderem das Cross Innovation Netzwerk, die Kooperation mit der Frankfurt University of Applied Sciences, verschiedene Netzwerk- und Fachkräfte-veranstaltungen sowie der gemeinsame Auftritt auf der Expo Real.

Ansprechperson
Judith Müller

☎ 069 8207-250

@ mueller@offenbach.ihk.de

ENTWURF

Industrie- und Handelskammer Offenbach am Main | Frankfurter Straße 90 | 63067 Offenbach am Main



offenbach.ihk.de



/company/offenbach.ihk



offenbach.ihk.de/newsletter